

Staatsgarantie für Familienzulagen gefährdet

Die Initianten möchten, dass zukünftig anstatt die Taggeldversicherung neu die Familienausgleichskasse (FAK) die Taggelder für Mutterschaft an die Arbeitgeber bezahlt. Die Unternehmer müssten dafür die FAK nicht zusätzlich entschädigen. Dadurch wird von dem für Familienzulagen einbezahlten Geld abgeschöpft, zugunsten der Arbeitgeber. Mit hoher Wahrscheinlichkeit bis in 10 Jahren eine kumulierte Summe von über 70 Millionen. Diese für die Wirtschaft abgezogenen Gelder sind für Familienzulagen nicht mehr verfügbar.

Die Initianten verlangen von der FAK mehr als die ca. CHF 4,2 Millionen von der Versicherung ausbezahlten Taggelder.

Sie erwarten von der FAK eine jährliche Auszahlung von CHF 6,5 Mio. an die Arbeitgeber. Das sind 2,3 Mio. mehr, als die Taggeldversicherung bezahlt. Die Mütter erhalten mit der Umsetzung der Initiative jedoch nicht mehr Taggeld als heute. Unter dem wohlklingenden Namen «Familie und Beruf» verbirgt sich eine Wirtschaftsförderung.

Die von den Initianten angegebene 6,5 Mio. reichen bei Umsetzung der Initiative nicht. Der Krankenkassenverband bestätigte auf Anfrage: «In Wirklichkeit haben wir 4,231 Mio. bezahlt. Hätten wir alle Mutterschaftsleistungen auch ohne Wartezeiten bezahlen müssen, wären es CHF 6,5 Mio. gewesen. Dabei nicht eingerechnet sind Leistungen, die die Betriebe selbst erbracht haben und daher gar keine Meldung an die Krankenkassen erfolgte.»

Diese selbst erbrachten Leistungen dürften hauptsächlich von der Industrie erbracht worden sein. Industriebetriebe sind in sich ein grosses Kollektiv (Gemeinschaft von Versicherten). Kürzere Taggeldbezüge werden firmenintern abgewickelt. Die Taggeldversicherung wird oft erst bei Taggeldbezügen von über 6 Monaten beansprucht. Eine Mutterschaftstaggeld-Auszahlung dauert 5 Monate. Wenn die Taggeldauszahlung firmen-

intern abgewickelt wird, muss die Taggeldversicherung nicht angemeldet werden. Die Initianten verlangen, dass die FAK auch die nicht registrierten Taggeldzahlungen ausbezahlt. Diese Unbekannte, die nicht gemeldet, aber tatsächlich ausbezahlten Mutterschaftstaggelder, darf nicht unterschätzt werden.

Die FAK besitzt Staatsgarantie. Zitat «Volksblatt», Landesvorstand FDP, 19.8.2016: «So würden bei einer Annahme der Initiative die heute hohen Reserven der FAK längerfristig abgebaut. Damit nicht der Staat zum Handkuss komme, wenn die Reserven einen kritischen Punkt unterschritten, würde Pedrazzini im Falle einer Annahme eine entsprechende Gesetzesanpassung einbringen.» Die Annahme dieser Initiative birgt das Risiko, dass mehr an die Wirtschaft zurückgegeben wird, als die FAK verkräftet. Die FAK verliert möglicherweise die Staatsgarantie. Damit verlieren auch die Familien die Staatsgarantie für Familienzulagen.

Ich werde am 18. September mit Nein stimmen. Die Familienzulagen dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Zu viele Familien sind froh darum.

Eine Stellungnahme von Herbert Elkuch, DU-Landtagsabgeordneter